

### Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 1713  
der Abgeordneten Ursula Nonnemacher  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 5/4345

#### ***Personalbemessung und Qualitätssicherung in der stationären Pflege***

Wortlaut der Kleinen Anfrage 1713 vom 29.11.2011:

Im Bundesvergleich der Länder ist die Personalbemessung in der stationären Pflege mittels Pflege-schlüssel sehr unterschiedlich festgelegt und damit finanziert. Im Ländervergleich bildet Brandenburg im Bereich Personalausstattung das Schlusslicht, was pflegepolitisch für Brandenburg unbefriedigend ist. Mobilitätsfähige Arbeitskräfte wandern in andere Bundesländer ab, was den Mangel an Pflegekräften in Brandenburg erhöhen wird.

Da ein Zusammenhang zwischen Personalbestand und Pflegequalität besteht, muss in Brandenburg die Personalbemessung in der stationären Pflege unbedingt angemessen gesteigert werden, damit eine sachgerechte und auftragsgemäße Finanzierung der Pflege möglich wird. Aufgrund einer fehlenden Anpassung der Personalbemessung werden Arbeitsplätze in der stationären Pflege schlechter bezahlt oder die Arbeitsverdichtung pro Arbeitsplatz wird erhöht, indem zum Beispiel die Kosten der Qualitätssicherung in der stationären Pflege unberücksichtigt blieben.

Deshalb frage ich die Landesregierung:

1. Inwieweit ist sichergestellt, dass die Träger der Sozialhilfe in den Pflegesatzverhandlungen für stationäre Pflegeeinrichtungen für eine sachgerechte und auftragsgemäße Finanzierung der Pflege sorgen?
2. Inwieweit werden insbesondere für die gestiegenen Anforderungen aus dem Qualitätsmanagement Personalkosten berücksichtigt?
3. Inwieweit werden Anteile des Qualitätsmanagements in den Pflegesatzverhandlungen extra ausgewiesen und entsprechend steigender Ansprüche angepasst?

Datum des Eingangs: 03.01.2012 / Ausgegeben: 09.01.2012

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung:

Die Aussage in der Vorbemerkung zur Kleinen Anfrage, wonach Brandenburg im Ländervergleich hinsichtlich der Personalausstattung in der stationären Pflege das Schlusslicht bildet, ist unzutreffend.

Die pflegerische Versorgung ist durch Bundesrecht im SGB XI geregelt. Gesetzlich festgelegte Personalschlüssel sind dem System der Pflegeversicherung fremd. Ein Ländervergleich ist von daher nicht ohne Weiteres möglich. Personalschlüssel für die stationäre Pflege werden in den vertraglichen Vereinbarungen zwischen den Kostenträgern und den Leistungserbringern auf Landesebene vereinbart und als Berechnungsgrundlage in das Vergütungsgeschehen einbezogen. Sie sind auf Einrichtungskapazität und Pflegestufenverteilung zu beziehen. Ein Vergleich der für die stationäre Pflege vereinbarten Vergütungssätze zeigt, dass Brandenburg über den in den anderen neuen Bundesländern vereinbarten Beträgen liegt.

Frage 1: Inwieweit ist sichergestellt, dass die Träger der Sozialhilfe in den Pflegesatzverhandlungen für stationäre Pflegeeinrichtungen für eine sachgerechte und auftragsgemäße Finanzierung der Pflege sorgen?

zu Frage 1:

Die Träger der Sozialhilfe sind neben den Verbänden der Pflegekassen und dem Einrichtungsträger Vereinbarungspartner nach § 85 SGB XI beim Abschluss der Vergütungsvereinbarungen für zugelassene Pflegeeinrichtungen. Die Zuständigkeit für die Sozialhilfe liegt hier gemäß § 5 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 AG-SGB XII zunächst beim überörtlichen Träger der Sozialhilfe (Land). Mit der Zuständigkeitsübertragungsverordnung zum AG-SGB XII ist die Zuständigkeit für den Abschluss von Pflegesatzvereinbarungen für den Bereich der stationären Pflege mit Wirkung vom 01.04.2011 auf die örtlichen Träger der Sozialhilfe und damit die Landkreise und kreisfreien Städte übertragen worden (ZustÜV vom 15.04.2011, GVBl. II Nr. 21). Das Land übt Einfluss aus durch die Mitwirkung im Brandenburger Steuerungskreis, in dem die örtlichen und das Land als überörtlicher Träger der Sozialhilfe die grundsätzlichen gemeinsamen Positionen abstimmen.

Die Verhandlungen über Vergütungsvereinbarungen stehen im Spannungsverhältnis zwischen der Vorgabe in § 84 Abs. 2 Satz 4 SGB XI, wonach die Pflegesätze einer Pflegeeinrichtung bei wirtschaftlicher Betriebsführung ermöglichen müssen, ihren Versorgungsauftrag zu erfüllen und dem Auftrag der Leistungsträger, die Mittel der Versicherten und Steuerzahler wirtschaftlich und sparsam einzusetzen.

Das System der Pflegeversicherung kennt keine Garantien auskömmlicher Erträge für die Leistungserbringer in den einzelnen Versorgungsbereichen, vielmehr wird die Versorgungssicherheit im Wettbewerb der Leistungserbringer gewährleistet. Im Rahmen seiner Finanzverantwortung im Bereich der Hilfe zur Pflege unterstützt das Land den Abschluss leistungsgerechter Pflegesätze. So ist seitens des Landes für die mit den Vergütungsfortschreibungen zu erwartenden Kostensteigerungen im Bereich der Hilfe zur Pflege haushaltsmäßige Vorsorge getroffen worden.

Frage 2: Inwieweit werden insbesondere für die gestiegenen Anforderungen aus dem Qualitätsmanagement Personalkosten berücksichtigt?

zu Frage 2:

Es bestehen unterschiedliche Auffassungen zwischen Leistungsträgern und Leistungserbringern darüber, inwieweit die Reformen der Vorschriften im SGB XI zur Qualitätssicherung bereits vorher bestehende Pflichten der Einrichtungsträger rechtlich genauer gefasst oder neue Pflichten geschaffen haben.

Insgesamt sind ab 2004 Verbesserungen im Bereich der Personalausstattung durch erhöhte Personalschlüssel sowie einen pauschalen Zuschuss zu Fortbildungskosten für gerontopsychiatrische Weiterbildungen mit den Leistungsanbietern vereinbart worden. Die verbesserten Personalschlüssel sahen eine Anhebung der Pflegeminuten in den Pflegestufen 1-3 zur Betreuung dementiell erkrankter Bewohner vor. Gleichzeitig ist die leitende verantwortliche Pflegefachkraft (PDL) um den zusätzlichen Stellenanteil von Aufgaben der unmittelbaren Betreuung und Pflege freigestellt worden. Qualitativ ist vereinbart worden, dass die Leitungsfunktion einer PDL u. a. die Verantwortung für die Anwendung der Qualitätsmaßstäbe im Pflegebereich mit umfasst.

Frage 3: Inwieweit werden Anteile des Qualitätsmanagements in den Pflegesatzverhandlungen extra ausgewiesen und entsprechend steigender Ansprüche angepasst?

zu Frage 3:

Die bestehenden Vergütungsvereinbarungen nach § 85 SGB XI im stationären Bereich weisen die Verpflichtung des Leistungsanbieters der stationären Pflegeeinrichtung aus, nach Maßgabe der Vereinbarungen gemäß § 113 SGB XI einrichtungsintern ein Qualitätsmanagement einzuführen und weiterzuentwickeln sowie alle Expertenstandards gemäß § 113 a SGB XI anzuwenden. Neben den vorgenannten qualitativen Aspekten weist die Vergütungsvereinbarung nach § 85 SGB XI die Personalbemessung (Personalschlüssel je Pflegestufe) und der Personalstellenanteil der leitenden verantwortlichen Pflegefachkraft (PDL) in Abhängigkeit zur Einrichtungsgröße gemäß § 71 Abs. 2 Nr. 1 SGB XI aus. In den Vereinbarungstexten ist der Hinweis enthalten, dass die leitende verantwortliche Pflegefachkraft (PDL) größerer Einrichtungen von Aufgaben der unmittelbaren Betreuung und Pflege vollständig freizustellen ist. Der Aufgabenschwerpunkt liegt bei dieser vielmehr in der Verantwortung für die Anwendung der Qualitätsmaßstäbe.

Die Frage, in welcher Form erhöhte Anforderungen an die Qualität in der Vergütung dargestellt werden, ist Diskussionspunkt bei den derzeit laufenden Verhandlungen über zukünftige Vereinbarungszeiträume.